



Bundestagsabgeordnete Doris Barnett

Doris Barnett berichtet:

Aus Berlin in die Pfalz – Neues aus dem Bundestag

27. Februar 2015

Liebe Genossin, lieber Genosse,
während die einen (Griechenland) um finanzielle Luft ringen—und das auch nicht immer fair gegenüber denjenigen, von denen sie Hilfe erwarten— können andere (Portugal) ihre Hilfsgelder sogar vorzeitig zurückzahlen, weil sie Reformen umgesetzt haben, die auch bei ihnen „Schrammen“ verursacht haben. Aber seien wir jetzt bei Griechenland nicht ungeduldig, geben wir der neuen Regierung eine Chance. Wir können nur hoffen und wünschen, dass die Griechen jetzt die Wurzeln der Misere beseitigen können. Steuerhinterziehung ist eine Straftat, auch wenn man die Täter oft als vornehme Personen kennt. Damit muss Schluss sein, in ganz Europa.

Wir in Deutschland können, was Steuerzahlungen angeht, zufrieden sein. Die Steuerquote ist derzeit die dritthöchste seit 1982. Das ist ja im Prinzip eine sehr günstige Ausgangssituation für alle Ebenen: Bund, Land und Kommunen. Aber auch hier gibt es in Deutschland erhebliche Unterschiede, nach wie vor. Das hat nichts

damit zu tun, dass der eine Kämmerer besser mit Geld umgehen kann als der andere. Es hat damit zu tun, welche Leistungen von einer Kommune/Stadt erwartet wird: von der Kita über ein entsprechendes Schulangebot, Schwimmbad, Bücherei, Kulturbetrieb, Straßen, ÖPNV, Krankenhaus usw. Hinzu kommen im Augenblick auch die Hilfen, die von den Kommunen erwartet wird, weil der Bund den vielen Flüchtlingen helfen will und auch muss. Da werden wir in Berlin nicht umhin kommen, für Entlastung für die Kommunen zu sorgen.

Und natürlich kommt es auch auf die Einnahmenseite in unseren Städten an. Wenn ein Unternehmen viel investiert, was ja gut für Arbeitsplätze ist, dann reduzieren diese Ausgaben auf der anderen Seite die Steuern. Trotzdem ist und bleibt es richtig, sich für Investitionen in den Standort stark zu machen. Denn damit werden Arbeitsplätze gesichert und auch der Standort.

Diese Woche besuchte Dieter Feid, Ludwigshafens Stadtkämmerer, im

Rahmen der Veranstaltung des Aktionsbündnisses in Not befindlicher Städte (52; 8 davon aus RLP) Berlin und es gab am Vorabend ein Treffen der Kommunalpolitiker mit ihren Bundestagsabgeordneten. Ausführlich habe ich mich da sowohl mit Dieter Feid als auch mit Klaus Weichel, dem OB aus Kaiserslautern und dessen Amtskollegen aus Pirmasens austauschen können.

In dem Zusammenhang ist es für mich auch wichtig darauf zu achten, dass der Bund unsere Stadt bei der Sanierung der Hochstraße angemessen unterstützt. Ziel muss sein, dass die gleiche Kostenverteilung möglich wird wie zum Zeitpunkt des Baus dieser Straße.

Herzlichst Eure

**Die Mietpreisbremse kommt! • Griechenland-Hilfen • SPD-Freihandelskonferenz • Ukraine:
Die Lage bleibt fragil**

Die Mietpreisbremse kommt!

Diese Woche hat das Bundeskabinett einen von Justizminister Heiko Maß vorgelegten Gesetzentwurf für die Mietpreisbremse verabschiedet.

Das heißt konkret: Bei einem Mieterwechsel kann die Miete nur noch so viel angehoben werden, dass sie höchstens zehn Prozent über dem ortsüblichen Durchschnitt liegt. Das gilt überall dort, wo die Bundesländer einen angespannten Wohnungsmarkt feststellen. Ausgenommen sind nur Neubauten und die Erstvermietung von umfassend sanierten Wohnungen, damit notwendige Sanierungen und der Wohnungsneubau nicht eingeschränkt werden.

Viel Geld sparen Mieter auch, weil sie den Makler künftig nur bezahlen müssen, wenn sie ihn auch selbst beauftragt haben. Endlich gilt auch hier das Prinzip: Wer bestellt, der bezahlt! Die Mietpreisbremse soll noch in diesem Jahr in Kraft treten. Das ist effektiver Mieterschutz, den die SPD in der Bundesregierung durchgesetzt hat!

Griechenland-Hilfen

Die Griechenland-Hilfen haben uns in dieser Woche hier in Berlin beschäftigt. Die neue

griechische Regierung und die Eurogruppe haben sich auf den grundsätzlichen Rahmen für eine viermonatige Verlängerung des Hilfsprogramms verständigt. Der Bundestag hat diesem Hilfsprogramm mit großer Mehrheit über alle Fraktionen hinweg zugestimmt.

Nun kommt es darauf an, dass sich die griechische Regierung verbindlich zu konkreten Reformschritten verpflichtet, um vor Ort endlich mehr Steuergerechtigkeit zu schaffen und die Korruption zu bekämpfen. Dafür hat sie unsere volle Unterstützung!

Die deutschen und europäischen Steuerzahler erwarten zu Recht, dass die geleisteten Hilfen auch zu konkreten Fortschritten in Griechenland führen. Deswegen ist es entscheidend, dass diese Reformen entschlossen umgesetzt werden. Das ist Grundvoraussetzung für weitere Hilfen. Denn nur dann kann in Griechenland mehr Wachstum und Beschäftigung entstehen. Und nur dann können die großen sozialen Verwerfungen, die die griechische Gesellschaft derzeit prägen, überwunden werden.

SPD-Freihandelskonferenz

In dieser Woche habe ich bei der Freihandelskonferenz von SPD und SPD-Bundestagsfraktion teilgenommen. Über 700 Menschen haben am Montag im Willy-Brandt-Haus die Möglichkeit genutzt, um mit EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Martin Schulz und vielen anderen Experten über die Chancen und möglichen Risiken der Handelsabkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) zu diskutieren.

Handelsabkommen von vorneherein zu verteufeln wäre falsch. Denn kein anderes Land ist so sehr auf offene Märkte und den Zugang zum Welthandel angewiesen wie Deutschland. Gleichzeitig bieten die Abkommen die Chance, weltweit bessere Standards beim Umweltschutz sowie beim Schutz von Arbeitnehmern und Verbrauchern durchzusetzen.

Die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen haben jedoch auch Ängste und Misstrauen ausgelöst. Wir nehmen diese Sorgen ernst und machen uns für mehr Transparenz bei den Verhandlungen stark. In enger Abstimmung mit dem DGB hat unser Parteikonvent klare Anforderungen an die transatlantischen Freihandelsabkommen formuliert.

Dazu gehört auch die Maßgabe, dass Entscheidungen des demokratischen Gesetzgebers durch den Investorenschutz nicht ausgehebelt werden dürfen. Daran werden wir uns halten!

Der Vertragstext von CETA geht in die richtige Richtung. Ausdrücklich wird darin festgehalten, dass die Handlungsfähigkeit des Gesetzgebers im Rahmen des Investitionsschutzes beim Gesundheits- und Umweltschutz, bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie bei der Förderung kultureller Diversität gewahrt bleiben muss.

Um beim Investitionsschutz Fortschritte erzielen, muss Europa mit einer Stimme sprechen. Sigmar Gabriel hat in Madrid eine gemeinsame Linie der europäischen Sozialdemokraten abgestimmt. Ziel ist es, die gängigen Verfahren zur Schlichtung zwischen Staaten und Investoren zu modernisieren und Schiedsverfahren auf festem rechtstaatlichem Grund zu verankern. Private Schiedsgerichte sollten mittelfristig durch öffentlich-rechtlich legitimierte internationale Schiedsgerichte abgelöst werden.

Ukraine: Die Lage bleibt weiterhin fragil

Die Lage in der Ost-Ukraine bleibt weiterhin fragil und unübersichtlich. Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe wird noch nicht wie vereinbart eingehalten. Beim anvisierten Abzug schwerer Waffen gibt es Hoffnung.

Unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist diese Woche kurzfristig zu Gesprächen mit dem russischen und dem ukrainischen Außenminister nach Paris gereist. Dort setzte er sich nochmals mit Nachdruck dafür ein, dass die beiden Konfliktparteien, die in Minsk II vereinbarten Maßnahmen umsetzen und einhalten.

Von Russland erwarten wir, dass es seinen Einfluss auf die Separatisten nutzt und diese dazu bringt, die eingegangenen Verpflichtungen auch tatsächlich einzuhalten. Solange sich hier nichts tut, sind die Sanktionen gegen Russland weiterhin gerechtfertigt aufrecht zu erhalten. Eine erneute militärische Eskalation muss unbedingt verhindert werden.

Es ist gut, dass sich die Bundesregierung auf Druck der SPD gegen Waffenlieferungen entschieden hat. Das zeugt von unserer Überzeugung, dass Krieg und Gewalt in der Ukraine nur auf diplomatischem Weg beendet werden können. Die laufende OSZE-Mission ist dafür ein wichtiger Schlüssel. Sie sollte gestärkt

und ausgebaut werden, damit sie die ihr übertragenen Aufgaben vollumfänglich bewältigen kann.

Einführung einer Infrastrukturabgabe für Pkw

In dieser Woche haben wir in erster Lesung den Gesetzentwurf zur Einführung einer Infrastrukturabgabe (Pkw-Maut) auf Bundesfernstraßen und den Entwurf eines zweiten Verkehrssteueränderungsgesetzes, das die Senkung der Kfz-Steuer vorsieht, beraten.

Mit der Einführung der Infrastrukturabgabe wird eine Stärkung der Nutzerfinanzierung bei den Investitionen in Verkehrsinfrastruktur angestrebt. Durch die Pkw-Maut verschiebt sich die Finanzierung von der Kfz-Steuer, die dem allgemeinen Bundeshaushalt zufließt, auf die Nutzerfinanzierung.

Die Einführung der Pkw-Maut war nie unser Projekt. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen haben wir uns jedoch unter zwei Voraussetzungen darauf verständigt: Erstens darf kein deutscher Autofahrer stärker belastet werden als bisher. Zweitens muss das Gesetz europarechtskonform ausgestaltet sein. Darauf werden wir nun im parlamentarischen Verfahren sehr genau achten!